

# Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin monatlich 1 Tbr.,  
monatlich 10 Sgr.,  
mit Botenlohn viertel, 1 Tbr. 7½ Sgr.,  
monatlich 12½ Sgr.,  
für Preußen viertel, 1 Tbr. 5 Sgr.

Nr. 332.

Abendblatt. Sonnabend, den 18. Juli

1868.

## Deutschland.

**Berlin, 17. Juli.** Wie bekannt, hat die russische Regierung vor einiger Zeit den Vorschlag gemacht, durch ein internationales Uebereinkommen den Gebrauch der Sprenggeschosse im Kriege abzuschaffen. Die Mehrzahl der Regierungen hat dem Vorschlag unter Anerkennung des Grundgedankens, aus dem er hervorgegangen ist, seine Zustimmung gegeben, für die praktische Ausführung desselben ist indessen damit noch nichts gewonnen. Die preussische Regierung hat daher jetzt den Vorschlag gemacht, eine Kommission von Sachverständigen niederzusetzen, die untersuchen soll, welche Sprenggeschosse im Kriege durch völkerrechtliches Uebereinkommen ausgeschlossen werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß das Wort „Sprenggeschosse“ sehr umfassender Natur und daher eine nähere Erklärung oder Spezialisierung darüber nötig ist, was in dem vorliegenden Falle unter demselben zu verstehen ist. Die russische Regierung hat sich mit diesem Vorschlage Preußens einverstanden erklärt, und es wird daher diese von Preußen vorgeschlagene Kommission in nächster Zeit zusammentreten. — Die „Gazette de France“ meldet in allem Ernst, daß die preussische Regierung hinter der Verschwörung stehe, die in Spanien auszubrechen drohe, indem sie die der jetzigen Napoleonischen Dynastie feindliche Dynastie der Orleans auf den spanischen Thron zu bringen suche. Die Mittheilung hat eben so viel Wahrscheinlichkeit als die seiner Zeit von derselben ultramontanen Presse verbreitete Nachricht, daß das Unternehmen Garibaldi's gegen Rom von Preußen angezettelt und unterstützt worden sei. — Derselbe Korrespondent, der vor einigen Tagen die Mittheilung machte, daß im preussischen Staatshaushalt für 1869 ein Defizit von 6½ Mill. Thln. in Aussicht stehe, hat sich durch die ihm zu Theil gewordene Zurechtweisung nicht irre machen lassen, sondern geht in seinen Aufstellungen sogar noch weiter, indem er behauptet, daß zwischen dem Finanzministerium und Staatsministerium Verhandlungen über die Frage schwebten, ob das Defizit auf dem Wege der Steuer oder der Anleihe gedeckt werden solle. Es ist dem gegenüber nur zu wiederholen, daß die Mittheilungen dieses Korrespondenten auch hier, wie schon in früheren Fällen, auf Kombinationen beruhen und in den tatsächlichen Verhältnissen keinen Anhaltspunkt haben. — Die in den Zeitungen geführte Polemik über die Verfassungsmäßigkeit der Erhebung von 2,700,000 Thlr. durch Ausschreibung von Matrikularbeiträgen hat dem Ausschuss für Rechnungsweisen Anlaß zu einem ferneren Bericht an den Bundesrath gegeben, um die zur Sprache gebrachten Bedenken zu erörtern und in allen wesentlichen Punkten zu widerlegen. Vor allen Dingen wird ausgeführt, daß die Verhältnisse eines einheitlichen konstitutionellen Staates nicht auf gleicher Linie mit denen des norddeutschen Bundes stehen und konstatirt, daß in einem einheitlichen Staate der durch Minderereinnahmen entstehende Ausfall nicht schlechthin durch einen Zuschlag ohne legislative Mitwirkung gedeckt werden könne; es müsse dies zunächst aus den vorhandenen Beständen geschehen und später erst folge die Deckung. Diese Verhältnisse sänden in- dessen keine Anwendung auf den norddeutschen Bund. Im Bundes- Etat ständen die Ausgaben fest, dagegen wären die Einnahmen nur als Ueberschläge festgesetzt, die, wenn sie sich nicht erfüllten, durch Matrikularbeiträge ergänzt werden müßten. Die Kontroverse über die Verfassungsmäßigkeit der ganzen Sache sei überflüssig, weil praktisch ohne rechte Bedeutung. Die Bundesverfassung ertheile nicht nur dem Präsidium die Ermächtigung, die es in Anspruch genommen, sondern es blieben auch die Rechte des Reichstags gewahrt, weil die Angelegenheit bei der spätern Rechnungsablegung zur Sprache kommen müsse. — An die Angelegenheit des Geh. Regierungs-Rath Esse knüpfen sich verschiedene tendenziöse Nachrichten. Nachdem die Mittheilung widerlegt ist, daß die Reise des Geheimen Regierungs-Raths Esse nach Ostpreußen vom Kultusminister gemißbilligt worden sei, tritt in der „Börsen- Zeitung“ jetzt eine neue Variante auf. Es wird nämlich jetzt dort behauptet, die Differenzen zwischen dem Kultusminister und Geheimen Regierungs-Rath Esse seien namentlich durch die von der Königin angeregte und als gesichert zu betrachtende Stiftung eines Frauen-Lazareth-Bereins verschärft worden, an dessen Spitze Dr. Esse zu treten bestimmt sei, und angedeutet, daß der Kultusminister diesem von der Königin angeregten Unternehmen entgegen sei. Diefen Behauptungen gegenüber ist als thatsächlich festzustellen, daß der Kultusminister nur einem Vorschlage in dieser Angelegenheit entgegen gewesen ist, dem nämlich, daß die Krankenpflegerinnen einen Kurjus in der Charité durchmachen sollten, daß er dagegen die jetzigen Vorschläge, welche die Ausbildung der Krankenpflegerinnen betreffen, keine Bedenken erhoben, sondern denselben seine vollste Theilnahme zugewandt hat. — In Valparaiso hat das Haus Pox u. Co. die Lieferung von 120 deutschen Familien als Kolonisten übernommen. Da dieses Haus mit dem Hause Gode- froy in Hamburg in Verbindung steht, so dürfte nächstens wohl eine Aufforderung zur Auswanderung nach Chili zu erwarten sein. Es ist indessen aus verschiedenen Gründen dringend zu warnen, auf diese Verlockungen einzugehen. Vor Allem kommt der Um- stand in Betracht, daß das Gebiet, welches besiedelt werden soll, vor Kurzem erst den Indianern abgenommen worden ist, und daß die chilenische Regierung nicht in der Lage ist, die Kolonisten gegen die Einfälle der Indianer genügend zu schützen.

**Berlin, 18. Juli.** Man schreibt der „Sp. Z.“ aus Ems, 16. Juli: Heute Vormittag hat Sr. Majestät der König das erste Bad genommen, bald darauf aber wieder mit dem General-Adjutanten v. Trescow gearbeitet, und später noch eine lange Kon- ferenz mit dem Geh. Rath Aehren gebabt. Zur Tafel waren Prinz Georg und seine Begleiter, der Legationsrath Prinz Groy und andere hochgestellte Personen geladen. — Man freut sich hier schon auf den Besuch Sr. Maj. der Königin Augusta. Viele Kur-

gäste, namentlich Ausländer, wollen nicht eher abreisen, als bis sie die Königin hier gesehen haben. Es geht nämlich das Gerücht, daß Sr. Majestät in der nächsten Woche von Babelsberg im Schlosse zu Koblenz eintritt. — Gestern Abend hörte Sr. Maj. der König mit dem Gefolge im Kurjaale Offenbach's einaktige Oper: „Le Fikre enchanteé ou Le soldat magique.“ Die Hölze war un- erträglich. Heute ist dort zuerst ein von Tyrolern veranstaltetes Konzert und alsdann Reunion-Ballfest.

— (Post.) Die am 3. Juli d. J. von Rom aus an den König gerichtete, unsern Lesern bekannte Adresse, welche den Dank der Italiener für die Erwerbung Venetiens an den Jahrestag des großen Sieges bei Königgrätz knüpft, ist nicht, wie die Zeitungen melden, von dem königlichen Gesandten in Rom an- oder entgegen- genommen, sondern von einem unbekanntem Manne bei dem Portier der Gesandtschaft abgegeben worden. Offenbar war diese Adresse nur für die Öffentlichkeit berechnet und ist von den Ver- fassern selbst den Zeitungen übergeben worden, aus welchen sie auch zuerst zur Kenntniß der königlichen Regierung gelangte. Alle in Cirkulation gesetzten Gerüchte über Verhandlungen zwischen dem preussischen Gesandten in Rom und dem Cardinal Antonelli, zu welchen jene Adresse Anlaß gegeben haben sollte, sind mithin aus der Luft gegriffen.

— Der Grund, aus welchem die Vertheilung von Douceur- geldern für eroberte feindliche Trophäen aus dem Feldzuge von 1866 bis jetzt verzögert wurde, ist, wie die „Post“ mittheilt, daß der Erledigung dieser Angelegenheit zuvörderst Seitens des Kriegs- ministeriums, unter Zuziehung des großen Generalstabes, eine ein- gehende sorgfältige Prüfung der zur Geltung gebrachten Ansprüche vorangehen mußte. Nach Erfüllung dieses Auftrages hatte noch der König sich ausdrücklich die Entscheidung vorbehalten. Unter- wenigen nur unwesentlichen Veränderungen diente hierbei eine die- serhalb schon unterm 18. Juni 1760 durch Friedrich den Großen gegebene Bestimmung aus Anhalt, wonach nur für solche Geschütze und Fahnen eine Belohnung zugestanden wurde, welche mit der blanken Waffe im feindlichen Feuer erobert worden waren. Nach diesem Grundsatz sind denn auch von den 1866 der preussischen Armee in die Hände gefallenen 486 Geschützen und 31 Fahnen und Standarten nur 142 Geschütze, 8 Fahnen und 2 Standarten prämiirt worden. In Betreff der Verwendung der so bewilligten Geldbeträge ist die Anordnung getroffen, daß dieselben nicht den einzelnen Beteiligten zuerkannt werden, sondern den betreffenden Truppentheilen verbleiben, welche die Zinsen davon so zu verwen- den haben, daß diese sowohl dem Offizierkorps, als auch den Mannschaften dauernd zu Gute kommen. Hierbei soll es jedoch dem Ermessen der Kommandirenden anheimgestellt werden, falls die Beträge die Summe von 500 Thalern bei einem Regiment nicht erreichen, dieselben zu Gunsten der einzelnen Berechtigten zu ver- wenden.

— Der Schluß der Sitzungen der Bundesräthe des nord- deutschen Bundes und des Zollvereins wird Ende dieser Woche er- wartet. Bis dahin müßten alsdann sämtliche auf den Eintritt Mecklenburgs und Lübeds in den Zollverein bezüglichen Vorberei- tungen beendet sein. Die für den Zollanschluß der Großherzog- thümer Mecklenburg und der Hansestadt Lübeck aus Bevollmächtigten von Preußen, Baiern und Sachsen gebildete Zollzugs-Kommission soll nach dem Vorschlage des Ausschusses für Zoll- und Steuer- wesen durch einen hamburgischen Bevollmächtigten vervollständigt und demnächst auch mit dem Vollzuge des Anschlusses der in den Zollverein eintretenden hamburgischen Gebietstheile und preussischen Enklaven beauftragt werden. Die Kommission soll ferner die Auf- gabe haben, die Zollgrenze und die Binnenlinie zu ziehen, die Verwaltung einzurichten, die Nachsteuer nach dem diesfalls zu er- lassenden Besetze zu erheben und die zur Einführung bestimmten Zoll- und Steuergesetze, so weit dies nötig ist, festzustellen, auch die nötigen Regulative und Dienstvorschriften auszuarbeiten. Ob die Kommission ihre Arbeiten bis zum 1. August, welcher vielfach als Zeitpunkt des Anschlusses genannt wird, beenden kann, wird bezweifelt, um so mehr, da der Anschluß der genannten Staaten und Gebietstheile gleichzeitig erfolgen soll.

— Der französische Staatsökonom Herr de Malarec bereist gegenwärtig im Auftrage seiner Regierung die verschiedenen deutschen Hauptstädte und Universitäten, um sich zu informieren, auf welche Weise in Deutschland die Staatswissenschaften gelehrt und wie die jungen Leute, welche sich dem Staatsdienste widmen, nach ihrem Abgange von den Universitäten zu der Praxis der Ge- schäfte herangebildet werden. Herr de Malarec macht zugleich Studien über den Zustand der administrativen, finanziellen und staatsökonomischen Wissenschaften in Deutschland. Der Bericht über seine Mission wird später veröffentlicht werden und auch für Deutschland von Interesse sein. Herr de Malarec hat überall bei den Staatsmännern, wie bei den Professoren der Universitäten das freundlichste Entgegenkommen gefunden, man hat überall die Studien des fremden Gelehrten aufs Bereitwilligste zu fördern gesucht.

— Zu den bereits von uns gemeldeten Mandatsniederlegungen kommt jetzt noch die des Abgeordneten Friedensrichter Stumpe für Wittich-Berncastel hinzu.

— Wie die „Kreuz-Zitung“ mittheilt, wird die definitive Beschlusfassung über die Organisation von Hannover bis nach der Rückkehr des Minister-Präsidenten Grafen Bismarck aus- gesetzt bleiben.

— Der „Staatsanzeiger“ publizirt die Verordnung, betreffend die Höhe und die Art der Erhebung der jährlichen Aversional- Beiträge in den von dem Zollvereine ausgeschlossenen Gebiets- theilen vom 30. Mai 1868.

— Die von der russischen Regierung angeregte Idee, die

Anwendung der explodirenden Geschosse im Kriege gewissen Beschränkungen zu unterwerfen, soll, wie die „Kr.-Z.“ schreibt, ihrer Verwirklichung nunmehr nahe rücken, und zwar in einer noch weite- ren Ausdehnung, als anfänglich anzunehmen war. Die preu- sische Regierung hat nämlich, indem sie ihre prinzipielle Zustim- mung zu dem fraglichen Projekte kund gab, zugleich den Gedanken subpeditirt, es möge einer von militärischen Sachverständigen zu bildenden internationalen Kommission die Aufgabe gestellt werden, die Grenzen zu ermitteln und festzusetzen, innerhalb welcher die Anwendung von Sprenggeschossen, und zwar sowohl für Geschütze als Gewehre, noch fernerhin statthaft sein soll, wobei natürlich den Geboten der Humanität so weit wie irgend möglich Rechnung ge- tragen würde. Glaubwürdigem Vernehmen nach hat dieser Vor- schlag in St. Petersburg die beste Aufnahme gefunden, und es steht zu hoffen, daß die gedachte Kommission noch in diesem Herbst wird zusammentreten können.

— Die „S. B. Z.“ schreibt: In Oesterreich erheben sich in letzter Zeit manche Stimmen für eine größere Annäherung an Preußen, und es ist die Meinung verbreitet, daß unsere Regierung ihre Geneigtheit zu einem freundschaftlichen Zusammen- gehen schon dadurch kundgegeben habe, daß sie das Verhältnis zu Rußland kürzlich mehr habe erkalten lassen. Die „N. Fr. Pr.“ sagt: „Es sind keineswegs liberale Regierungen, welche Preußen von Rußland abziehen und die russischen Blätter so bittere Artikel gegen Preußen schreiben lassen. Für derlei gisfülpolitische An- wandlungen sind weder die Hohenzollern noch ihr Bundeskanzler sonderlich empfänglich. Die nächstern Erwägung der Thatfachen treibt Bismarck westwärts. Seine auswärtige Politik ist revo- lutionär, jene Rußlands ebenfalls; solche Uebereinstimmung bietet eine schlechte Grundlage für Allianzen. Preußen wäre nur in dem Falle genöthigt, sich auf Rußland zu stützen, wenn Oesterreich durch eine verblendete Politik der Bläse misfiele, im Bunde mit Frankreich die Herrschaft in Deutschland zurückerobern wollte. Im Uebrigen hat Preußen kein gemeinsames Interesse mit Rußland; im Gegentheil, will es die Hohenzollern'sche Erbprinzogenitur in Rumänien erhalten, so muß es den russischen Eroberungs-Plänen im Oriente entgegen treten. Als Fürst Karl I. in Bukarest einzog, hielt man ihn für einen Vorposten gegen Oesterreich; er kann aber sehr leicht eine Wache gegen Rußland werden. Letzteres bedroht ihn mit seinen Anneixionsgelüsten, Oesterreich kann ihm ein guter Nachbar sein. Will Preußen seinen Prinzen auf dem rumänischen Throne, seinen Einfluß an der unteren Donau bewahren, so muß es den Korridor der Türkei, muß es die Politik Oesterreichs im Oriente unterstützen. Der Vortheil Oesterreichs ist hier auch der Vortheil Preußens, und mit ein wenig Klugheit auf beiden Seiten kann die orientalische Frage verbunden, was die deutsche getrennt hat.“

— Seltsamer Weise geht diesen durchsichtigen Sätzen die Wendung vorher, eigentlich sei die Verbindung zwischen Preußen und Oester- reich nur für jenes ein Bedürfnis, da letzteres weder von einer fremden Macht bedroht, noch zu einem Angriffskriege geneigt sei. Jedenfalls wird Preußen die Freundschaft Rußlands, so lange die politischen Verhältnisse, namentlich die Frankreichs, in der jetzigen Lage verbleiben, nicht von sich stoßen, denn welche Garantien könnte Oesterreich bieten für die Aufrichtigkeit seiner Gesinnung? Was könnte uns bestimmen, für Oesterreich die orientalischen Kasanien aus dem Feuer zu holen?

**Wiesbaden, 16. Juli.** Am 13. d. M. ist der türkische Gesandte am königlichen Hofe, Aristarch Bey, der sich gegen- wärtig zur Erholung in seiner Villa zu Dieblich aufhält, im Schloß- garten daselbst durch Herzogliche Gartendienere gröblich insultirt wor- den, weil er eine Cigarre rauchte. Der Thäter einer ist sogleich vom Dienst suspendirt und dem Gericht zur Bestrafung übergeben worden. Die königlichen Behörden, namentlich der Regierungs-Präsident v. Dieß, begaben sich sofort persönlich zum Gesandten an- und haben demselben ihr Bedauern über den brutalen Vorfall aus- gesprochen. Die Palate der Herzoglichen Hofverwaltung sind zu gleicher Zeit aus dem Garten entfernt und ist die Ausübung der Polizei den Herzoglichen Dienern unterjagt worden.

**Ems, 17. Juli.** Der König empfing heute Mittag eine Deputation des Magistrats der Stadt Frankfurt a. M., an deren Spitze sich der Oberbürgermeister Dr. Wumm befand. — Vor der Abreise von hier wird der König auf einige Tage sich nach Wie- baden begeben.

**München, 15. Juli.** Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, wird die Publikation des Wortlautes des zwischen Baiern und Württemberg geschlossenen Vertrages bezüglich der Festung Ulm, obwohl der Vertrag nun beiderseits ratifizirt ist, noch einige Zeit sich verzögern, da Baiern die Frage über den Zeitpunkt für dessen Veröffentlichung der württembergischen Regierung zur Entscheidung anheimgegeben, und letztere, welche verfassungsmäßig den Vertrag den Kammern zur Genehmigung vorzulegen hat, eine bei sofortiger Publikation desselben etwa hervortretende mißliebige Kritik und Agitation gegen denselben, ehe er den Kammern vorgelegt ist, nicht wünschen wird.

— Die „Südd. Pr.“ meldet, daß Richard Wagner in Zürich nicht unbedeutend erkrankt sein soll.

**Wien, 16. Juli.** Ueber Baron von Meysenburg und sein Verhältnis zu Herrn v. Beust bringt der „Pester Lloyd“ fol- gende interessante Mittheilung:

Baron Meysenburg hat am Sonnabend Rom verlassen und trifft heute oder morgen hier ein, begiebt sich aber sofort auf einen dreimonatlichen Urlaub. Seine Mission ist zu Ende, es wird also g'sattet sein, darüber ausführlich zu sprechen. Baron Meysen- burg und Baron Beust sind langjährige gute und einander ergebene Freunde gewesen. Als nach der Katastrophe vom 3. Juli 1866



Baron Beust als gestürzter Minister nach Wien kam und hier, so zu sagen, Miturheber des Unglücks, freilich nur insofern, als Sachen sich trennen bis zum letzten Augenblicke erwies, eine keineswegs liebevolle Aufnahme fand, war es Baron Meynsburg, der ihn auf das Herzlichste aufnahm, und bei dem der sächsischen Minister, der das Unglück mitig trug, sein übervolles Herz ausschüttete. Etliche Monate später war Baron Beust österreichischer Minister des Aeußern, für beide eine große Freude, da sie sich nun gegenseitig in die Hände arbeiten konnten, denn daß Baron Meynsburg ein sehr gründlicher und fleißiger Arbeiter ist, darf ihm von keiner Seite bestritten werden.

Als Baron Beust sich immer mehr in die österreichische Frage vertiefte, mußte er bald auf das Konkordat und damit wieder auf seinen Freund Meynsburg kommen. Die Freundschaft zwischen beiden war groß, man kann also ermeßen, wie viele Tropfen darauf fallen mußten, um sie auszuhöhlen. Als der ultramontane Heißsporn Mousfang in der Michaelbruderschaft die große Rede hielt, welche direkt gegen Beust gerichtet war, bat der Reichskanzler seinen Unterstaatssekretär auf das Dringendste, aus dem Ausschusse auszutreten, um der Welt nicht das Schauspiel zu geben, daß der Geselle sich daran beteilige, wenn man den Meister verschimpft. Baron Meynsburg trat nicht aus, das Maß war voll, die alte Freundschaft konnte unmöglich ein Band erhalten, welches die neue Feindschaft mitten durchschneidet. Aber eine andere Wendung vollzog der Konkordatskampf in dem Baron Meynsburg. Er, der Ultramontane reinsten Wassers, kolportierte die Ansicht, daß wenn die Staatsgrundgesetze die Freiheit der Kirche sicherstellen, man sich mit denselben befreunden könne, eine Ansicht, die unter dem wüsten Kärm der Bischöfe wie ein weißer Ake unter lauter schwarzen hervorstrahlte.

Graf Crivelli wurde vom Schläge gerührt. Sofort erinnerte man sich an zweierlei; erstens, daß Baron Meynsburg jene Ansicht ausgesprochen hatte (dabei war ihm die Verlegung des Konkordats doch ein „schöner Vertragsbruch“, den er schärfstens verdammt) und daß er in Rom eine persona gratissima war, und zweitens, daß Baron Meynsburg in Wien in der Reichskanzlei als Unterstaatssekretär und Stellvertreter des Barons Beust nicht mehr zu halten war. Das sind die Gründe, weshalb man ihn nach Rom sandte. Man hoffte, der heilige Vater werde in Erwägung der wahren Verhältnisse, wie sie ihm Baron Meynsburg zu schildern hatte, zu einem andern und mildern Urtheil über Oesterreich kommen, als es bisher anzunehmen war. Wenn ein Frommer wie Meynsburg nichts ausrichten konnte, dann war nichts mehr zu machen. Es ist dem Herrn Unterstaatssekretär nicht gelungen, das Urtheil des Papstes zu modifizieren, er hat im Gegentheil als „Privatperson“ sehr viel gesprochen und gethan, was arg gegen seine Mission verstieß, mit einem Worte, er hat den Erfolg nicht erreicht, den er zu erreichen hatte, und er hat sich selbst darum gebracht.

In Erwägung dieser Umstände wird man leicht begreifen, daß der Empfang, der seiner hier hart, eben kein enthusiastischer ist. Während seiner Abwesenheit sind im Ministerium des Aeußern Veränderungen in der Art vorgenommen worden, daß die drei Sektionschefs v. Hoffmann, Biegeleben und Baron Drey sich in die Geschäfte in einer Weise theilen, die einen Unterstaatssekretär völlig überflüssig macht. So war denn die Mission Meynsburg's wahrschijnlijk ein Umweg zur Pensionierung.

Dem Vernehmen nach hat in dem gestrigen unter Vorsitz des Kaisers stattgefundenen Ministerrath die Frage der Titulatur des österreichisch-ungarischen Staates dahin eine definitive Lösung gefunden, daß die Benennung in Zukunft lauten wird: „Oesterreichisch-ungarische Monarchie“ zu deutsch und „Osztrak-magyar-biradalom“ in ungarischer Sprache.

Am Dienstag Abends wiederholten sich in Triest die Lärmereien. Es liegt hierüber folgendes Telegramm vor: Um 8 Uhr Abends fand vor dem Gebäude der Polizeidirektion ein Volksauflauf statt. Die Menge schrie: „Abasso Kraus!“ Als Polizeidirektor Kraus erschien, wurde er insultriert und ihm der Hut vom Kopfe geschlagen. Einige Militärsoldaten wurden entwaffnet. Die Linien-Infanterie bezog die Posten der Stadtwahe. F.-M.-L. Weplar ließ die Militärkapellen aufspielen. Ein allgemeiner Jubel begrüßte diesen glücklichen Einsall. Gegenwärtig ist die Stadt beleuchtet. Das Volk durchzieht die Straßen und ruft: „Evviva Stadttrath Hermet! Evviva Weplar!“

Wetz, 17. Juli. Wie verlautet, hat der Fürst Alexander Karageorgewich auf die Vorladung des Belgrader Stadtgerichts behufs Vernehmung in dem Attentatsprozess daselbst für inkompetent erklärt.

Bern, 17. Juli. Der Postvertrag zwischen der Schweiz und Oesterreich tritt mit dem 1. September d. J. in Kraft, im Monate September werden auch die Unterhandlungen wegen eines Postvertrages zwischen der Schweiz und England beginnen.

Paris, 16. Juli. Aus Spanien verlautet in verlässlicher Weise, daß Prim sich von London aus anschickt, die Erbschaft Dulce's anzutreten, und beabsichtigt, die revolutionären Vorbereitungen der „Union liberal“ der Art zu benutzen, daß eine Progressivsten-Bewegung als in nicht zu ferne Zeit bevorstehend angesehen werden darf. Die spanischen Demokraten aber unter Castelar protestieren gegen die Zumuthung, als hätten sie sich für das Programm der Union zu Gunsten Montpensier's begeistert. Castelar wird eine Broschüre veröffentlichen, welche nach einander die Unmöglichkeit der Bourbonen- und Orleansisten-Dynastie, der iberischen Union unter dem Könige von Portugal oder gar die Berufung des Herzogs von Aosta, zweiten Sohnes des Königs Viktor Emanuel, nachzuweisen bemüht ist, um als einziges Rettungsmittel die Herstellung der Republik mit decentralisirender, d. h. föderativer Grundlage hinzustellen.

Wetz, 17. Juli. Die bliesige pyrotechnische Schule ist heute durch eine Explosion stark beschädigt worden; das Feuer hat sich auf die übrigen Gebäude der Anstalt ausgedehnt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Florenz, 17. Juli. Die Finanz-Kommission der Deputiertenkammer, der Finanzminister und die wegen Uebernahme des Tabakmonopols unterhandelnde Gesellschaft sind übereingekommen, den Vertrag auf dieselbe Anzahl von Jahren abzuschließen, welche die Rückzahlung der Obligationen in Anspruch nimmt. Die Erträge werden zur Hälfte getheilt werden. — In der De-

putiertenkammer sind die Interpellationen bis nach Berathung der dringenden Geschäfte vertagt worden.

London, 17. Juli. Aus Washington wird per atlant. Kabel gemeldet: Der Senat hat eine Bill angenommen, durch welche die Ausgabe von Bonds genehmigt wird, welche in Goldwährung nach 20 resp. 30 und 40 Jahren eingelöst werden und 5 resp. 4½ und 4% Zinsen tragen sollen, letztere gleichfalls in Goldwährung zahlbar und frei von jeder Taxe ausgenommen die gewöhnliche Einkommensteuer. Diese Bonds sollen ausschließlich zur fakultativen Al-pari-Einlösung gegenwärtiger zinstragender Schuldpapiere, ausgenommen die 5% Bonds und die 3% Certifikate, angewendet werden. Die Bonds sollen zu einer Höhe emittirt werden können, ausreißend um das ganze Kapital aller ausstehenden Schuldverschreibungen zu decken, jedoch soll der nach 20 Jahren einlösliche Betrag ein Drittel der gesammten Emission nicht überschreiten. Die Bill setzt für Reduzirung der Staatsschuld eine Summe fest, welche einschließlich der Zinsen der öffentlichen Schuld und der fundirten Schuld 135,000,000 Doll. jährlich betragen soll, und bestimmt ferner, daß künftighin solche Kontrakte, in welchen die Zahlung in Goldwährung ausdrücklich vorgesehen ist, gesetzlich gültig sein sollen; auch soll diese Zahlung auf gerichtlichem Wege beigetrieben werden können, unbeschadet der verschiedenen auf die Noten der Vereinigten Staaten bezüglichen Akte der Gesetzgebung.

London, 15. Juli. Ueber die Reise der Königin nach Deutschland und der Schweiz erfährt man, daß dieselbe im strengsten Inognito gemacht werden soll, da der Hauptzweck Erholung der hohen Reisenden ist. In Luzern ist bereits Quartier für einen drei- bis vierwöchentlichen Aufenthalt bestellt und auch in Betreff sonstiger Einzelheiten ist schon entschieden.

Nach ungefähre einmonatlicher Abwesenheit ist die Königl. Yacht „Victoria und Albert“, Kapitän Prinz Leiningen, von ihrer Reise jenseits des Polarkreises in Portsmouth wieder eingelaufen. Es ist dies das erste Schiff dieser Größe und Ausstattung, welches die Küste Norwegens besuchte. Am 1. Juni von Portsmouth abgegangen, erreichte es Bergen am 4., setzte nach mehrtägigem Aufenthalte daselbst seine Reise nach Drontheim fort und segelte über Hammerfest nach dem Nordkap (70 Gr. nördl. Br.). Dort ankerte die Yacht zwei Tage lang, um frische Kohlenvorräthe für die Heimreise einzunehmen, auf welcher sie bei Drontheim und an den Schetlands-Inseln anlegte. Das Wetter während der Expedition war kalt und naß. Der Zweck derselben ist zwar nicht bekannt, doch nimmt man an, daß sie zu einer Reise des Prinzen und der Prinzessin von Wales die Einleitung bilde. Diesmal befand sich außer Kapitän und Mannschaft nur die Frau des ersteren an Bord.

Die ägyptische Regierung hat dem Afrikareisenden Vater das Anerbieten gestellt, die Organisation und Führung einer Expedition zu übernehmen, welche Handelsverbindungen zwischen den Seen in der Nähe des oberen Nils und Unter-Egypten eröffnen soll. Eine Linie von Forts am oberen Nil entlang soll dann die Grundlage zur Kolonisierung des Landes bilden.

Die gestrige amtliche „Gazette“ bringt die Ernennung des General-Lieutenants Sir Robert Cornelius Napier, Commandanten der Armee von Bombay, zur Würde eines Barons des Vereinigten Königreiches Großbritannien und Irland, unter dem Titel: Baron Napier v. Magdala in Abyssinien, und von Caryngton in der Palzgrafschaft Chester.

Der gestern mit dem Dampfer „Urgent“ in Plymouth eingetroffene abyssinische Prinz Dejatsch Alamayu (ich habe die Welt gesehen) ist, wie Augenzugener versichern, ein interessanter kleiner, aber für sein Alter (im April erreichte er sein 7. Lebensjahr) kräftiger Knabe. Von England schied er bereits ganz entzückt zu sein, denn beim Landen rief er aus: „O, welch herrliches Land; Ich gehe nie wieder zurück!“ Der Diener des Prinzen, ein sehr intelligenter Mann, ließ, als er beim Arsenal vorüberging, die traurige Bemerkung fallen: „Das hätte Idroborus sehen müssen!“ Mit dem „Urgent“ ist auch ein kleines abyssinisch-äthiopisches Sklavennädchen, ein Schützling Sir Robert Napier's, angekommen. Man ist hier sehr neugierig, welche Aufnahme der kleine abyssinische Prinz bei Hofe finden, und in welcher Weise für seine künftige Erziehung gesorgt werden wird. Seine photographische Carte de visite ist heute schon in allen Schaufenstern London's zu sehen. Er trägt Kniehosen nach Façon der englischen „Knickerbockers“ und eine Kette um den Hals.

Baron v. Erlanger ist in London angekommen, um mit seinem Co-Konzeßionar Herrn Julius Reuter die nöthigen Verhandlungen und Einrichtungen zu treffen, damit das neue atlantische Kabel zwischen Frankreich und Amerika, wozu ihnen von der französischen Regierung die Konzession erteilt worden, noch vor Ende des nächsten Jahres gelegt und dem Betrieb übergeben werden könne. Die beiden Konzeßionare haben zu dem Ende sich bereits die Dienste der sämtlichen Ingenieure, welche bei der Herstellung und Niederlegung des ersten atlantischen Kabels thätig gewesen sind, gesichert und auch den Leolothaan der Dampfschiffe, den „Great Eastern“ zum Zwecke der Transportierung des Kabels gechartert. Das Kabel wird, sobald die Spezifikationen u. s. w. die Genehmigung erhalten haben, unverzüglich in Angriff genommen. Die Länge desselben wird 3000 englische Meilen betragen und die Anfertigung desselben nebst der Niederlegung und den sonstigen erforderlichen Einrichtungen Eine Million Pfd. St. kosten.

London, 17. Juli. Die neue ägyptische Anleihe wurde heute mit ¼—1 Prozent gehandelt.

Lissabon, 16. Juli. Nach hier ringeklangenen Nachrichten aus Buenos-Ayres hat bei der Wahl zur Präsidentschaft Sarmiento in der Stadt die Majorität erhalten; das Endergebnis der Wahl ist noch unbekannt.

Der Herzog von Loule hat die Bildung eines Kabinetts abgelehnt und ist nunmehr der Herzog von Avila mit der Neubildung desselben betraut worden. — Wie aus Oporto gemeldet wird, findet heute daselbst ein großes gegen den Herzog von Loule gerichtetes Meeting statt.

Kopenhagen, 17. Juli. „Berlingske Tidende“ zufolge wird die schwedische Königsfamilie im Laufe dieses oder zu Anfang künftigen Monats dem Hofe zu Kopenhagen einen Besuch abstatten.

Petersburg, 17. Juli. Nachrichten aus Turkestan melden, daß der General-Gouverneur v. Kaufmann von dort abgereist ist, um sich hierher zu begeben.

Odesa, 16. Juli. Die Ernteausichten sind in Süd-Rußland besser geworden.

Belgrad, 17. Juli. Das großherzogliche Bestallungs-Dekret (Verat) für den Fürsten Misa wird, dem Vernehmen nach, ebenso lauten wie das seiner Zeit für den Fürsten von Rumänien ausgefertigte. Der Unterpräsekt von Smedredo ist gefänglich eingezogen worden.

### Pommern.

Stettin, 17. Juli. Nach Beendigung der diesjährigen Herbstübungen soll das 2. Bataillon 2. pommerschen Grenadier-Regiments (Colberg) Nr. 9 von Stargard nach Pylitz, das Füßler-Bataillon desselben Regiments von Pylitz nach Stargard verlegt werden.

Das königliche Kommando der Marine-Station der Ostsee macht bekannt, daß im laufenden Jahre junge Leute in die Schiffsjungen-Abtheilung der Bundes-Kriegsmarine nicht mehr aufgenommen werden können.

Heute lehrte die Dr. Lin'sche Kapelle von Misbroy zurück, wo dieselbe auf Veranlassung der Badedirektion gestern und vorgestern konzertirt hatte. Selbstverständlich fanden die gediegenen Leistungen der Kapelle verdiente Anerkennung und wurde mehrfach der Wunsch einer Wiederholung jener Konzerte laut.

Der im Morgenblatte erwähnte, gestern Abend im Dunzig ertrunkene Soldat war der Füßler Leuzerenz von der 11. Kompagnie des Königs-Regiments. Obgleich der Verunglückte sehr bald aus dem Wasser gezogen, von einem schnell herbeigerufenen Stabsarzt auch Wiederbelebungsversuche angestellt wurden, war eine Rettung dennoch unmöglich.

Bei Gelegenheit einer Seitens der Kriminalpolizei in letzter Nacht abgehaltenen Revision in den Anlagen sind 7 männliche Individuen ergriffen und verhaftet. Es befinden sich darunter mehrere Personen, die schon längere Zeit vergeblich gesucht wurden.

Einer der gefährlichsten Bauernfänger Berlins, der Kellner Dirlsen, ist vor einigen Tagen in Colberg verhaftet worden.

Dem Handlungsgehilfen S., Breiterstraße 28, ist in der Zeit vom 15. bis 16. d. M. ein verschlossener Kommode ein etwa 30 Thlr. enthaltendes Portemonaie, eine goldene Tuchnadel in Form eines Bergknecht mit 5 kleinen Steinen im Werthe von 10 Thlr. und ein goldener Siegelring mit dunkelgrünem Strim im Werthe von 6 Thlr. gestohlen worden.

### Schiffsberichte.

Swinemünde, 16. Juli. Angekommene Schiffe. Tisfit (SD), Breitsprecher aus Stockholm; der Blyt (SD), Parow aus Memel; Falken (SD), Sellmann aus Kopenhagen; Colberg (SD), Strud aus Danzig; der Preuze (SD), Heidemann aus Königsberg; Dora, Jrens aus Kiel; Adelsheid, Hernowsky aus Stolpmünde.

### Börsen-Berichte.

Stettin, 18. Juli. Bitterung: schön, warme Luft. Temperatur + 23° R. Barometer 28" 3" Wind SD.

An der Börse. Weizen niedriger, loco wenig Geschäft, pr. 2125 Pfd. loco gelber 89—96 R., bunter polnischer 88—94 R., ungarischer geringer 64—68 R., besserer 72—74 R., feiner 79—83 R., 83—85 Pfd. gelber Juli 88½ R. bez., 89 Gd., Juli-August 85 R. bez., Br. u. Gd., Septbr.-Oktober 76 R. Br. u. Gd.

Roggen etwas niedriger, pr. 2000 Pfd. loco neuer 66—68½ R., bei Kleinigkeiten bezahlt alter, Anmelbungen 58 R. bez., feiner bis 62 R. bez., Juli 57½, 1/2, 58 R. bez., Br. u. Gd., Juli-August 53½, 54, 55½ bez. u. Br., Septbr.-Oktober 51 R. bez., Br. u. Gd.

Gerste wenig verändert, pr. 1750 Pfd. loco ungar. und mähr. Futter- 45, 46½ R., mittlere 47—49 R., feinste 50, 50½ R. bez. Hafer still, pr. 1300 Pfd. loco 34½, 36 R., 47—50 Pfd. September-Oktober 32 R. Br. u. Gd.

Erbsen ohne Handel. Wintererbsen per 1800 Pfd. loco 71—73½ R. bez., Juli-Aug. 74 R. Br., September-Oktober 74½, 75 R. Br. u. Gd.

Wintererbsen per 1800 Pfd. loco 69—73½ R. bez. Rüböl matt, loco 9½ R. Br., Juli u. Juli-August 9½ R. bez. u. Br., August-September u. September-Oktober 9½ R. Br., 9½ R. Gd., November-Dezember 9½ R. bez.

Appelkuchen loco 11½ R. bez. Spiritus niedriger, loco ohne Faß 18½, 1½ R. bez., Kleinigkeiten vom Lager 19½ R. bez., Juli-August 18½ R. Br., August-September 18½, 1½ R. bez., 18½ R. Br., September 18½ R. bez., September-Oktober 17½, 1½ R. bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 89 R., Roggen 57½, Rüböl 9½, Spiritus 18½ R. Landmarkt. Weizen 86—92 R., Roggen, neuer, 88—72 R., Gerste 46—50 R., Hafer 37—40 R., Erbsen 60—65 R., Kaps und Rübsen 68—72 R., Hen pr. Ctr. 7½—12½ R., Stroh pr. Schock 6—8 R., Kartoffeln 18—21 R.

Berlin, 18. Juli, 2 Uhr 6 Min. Nachmittags. Staatsschuld-scheine 83½ bez. Staats-Anleihe 4½ % 96 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 133½ bez. Stargard-Potsdamer Eisenbahn-Aktien 95 Br. Oesterreich-National-Anleihe 56½ bez. Bomm. Pfandbriefe 85½ bez. Ober-Schles. Eisenbahn-Aktien 89½ bez. Wien 2 Mt. 88½ bez. London 3 Mt. 6. 23¾ bez. Paris 2 Mt. 81½ bez. Hamburg 2 Mt. 150½ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 72½ bez. Dessferr. Banknoten 89½ bez. Russ. Banknoten 82½ bez. Amerikaner 6%, 77½ Br.

Weizen Juli 72½, Br. 72 bez. Roggen Juli 54½ bez., 54½ Gd., Juli-August 50½ bez., 51½ Gd., Septbr.-Oktober 49½, 49½ bez. Rüböl loco 9½ Br., Juli 9½ Gd., Septbr.-Oktober 9½, 9½ bez. Spiritus loco 19½ bez., Juli-August 18½, 1½ bez., August-September 18½, 1½ bez., Septbr.-Oktober 17½, 1½ bez.

Breslau, 17. Juli. Spiritus per 8000 Prozent Er. 18½. Roggen per Juli 54, per Herbst 49½. Rüböl per Juli und per Herbst 9½. Zint umsatzlos.

Hamburg, 17. Juli. Getreidemarkt. Weizen und Roggen fester. Weizen pr. Juli 5400 Pfd. netto 129 Bankothaler Br., 128 Gd., per Juli-August 128 Br. 127 Gd., per Herbst 124 Br. 123 Gd. Roggen per Juli 5000 Pfd. Brutto 100 Br., 99 Gd., per Juli-August 91 Br., 90 Gd., per Herbst 87 Br., 86 Gd. Hafer stille. Rüböl unverändert loco 20, pr. Oktober 20½. Spiritus stille, 26½. Kaffee besser. Zint leblos. — Sehr heißes Wetter.

Amsterdam, 17. Juli. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Roggen flau, Detailgeschäft. Roggen per Juli 205, pr. Oktober 205. Raps pr. Oktober 60½. Rüböl pr. September-Dezember 31½. Schwülles Wetter.

London, 17. Juli. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 19,470, Gerste 7950, Hafer 89,500, Quarters.

In Weizen wenige Verkäufe zu Gunsten der Käufer. Gerste und Hafer stetig. Mehl matt. Keimöl loco Hull 30½. — Wetter wolfig.

### Entbindungs-Anzeige.

Die heute früh 5½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Linna geb. Koch, von einem gesunden, kräftigen Knaben, beehrt mich statt jeder besonderen Meldung ergebenst anzuzeigen.

J. G. Schmitt,  
Hotelier.